

Die Stunde der Europäer hat längst geschlagen

Deutschland ist schon jetzt in der Kriegsfall, in die der IS lockte. Wie kommt man da wieder heraus? / Von Gregor Schöllgen

Schock führt zum Schulterschluss. So ist es heute, wenn auch die Bilder der Pariser Terroranschläge vom 13. November zu verblassen beginnen. Und so war es nach den allerdings ungleich verheerenderen Anschlägen von New York und Washington, vom 11. September. Noch am selben Tag wurden die Weichen für den „Krieg gegen den Terror“ gestellt, auch in Deutschland. Wochen, bevor die Nato erstmals in ihrer Geschichte den Bündnisfall ausrief, versicherte der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder den amerikanischen Präsidenten der „uneingeschränkten Solidarität“ Deutschlands.

Das war einerseits selbstverständlich, andererseits aber sehr riskant. Denn Schröder wusste, dass die Antwort auf die „Kriegserklärung“ an die „zivilisierte Völkergemeinschaft“, von der er anderntags im Bundestag sprach, auch eine massive militärische Intervention nach sich ziehen konnte. Vor allem aber überließ der Kanzler den Amerikanern und namentlich ihrem Präsidenten George W. Bush die Deutungshoheit und damit nicht zuletzt die Definition des Gegners und des Ziels.

Und der nutzte die Chance, um auch Ziele zu identifizieren, die mit dem eigentlichen Anlass des Feldzuges gegen den Terror kaum etwas oder gar nichts zu tun hatten, allen voran die Ausschaltung des irakischen Diktators Saddam Hussein. Spätestens zu diesem Zeitpunkt ging der Bundeskanzler auf Distanz zu Bushs Kriegsplänen. Zum einen war die Begründung an den Haaren herbeigezogen, zum anderen war der „Krieg gegen den Terror“ in Afghanistan noch gar nicht beendet. Und dort operierte die Bundeswehr in zwei Missionen, darunter einem Kampfeinsatz, an den Grenzen ihrer Möglichkeiten. Dass Gerhard Schröder den Vereinigten Staaten

bei dem Krieg im Irak 2003 zunächst im Alleingang die Gefolgschaft verweigerte, war nicht minder riskant als die Zusicherung uneingeschränkter Solidarität: Wer die Solidarität einseitig aufkündigt, so Washington, darf seinerseits keine erwarten. Der Kanzler hatte gute Gründe, gegen den Feldzug des amerikanischen Präsidenten Position zu beziehen. Vor allem wollte er abwarten, mit welchem Ergebnis die im Auftrag der Vereinten Nationen in den Irak entsandten Inspektoren zurückkehren würden. Sie sollten herausfinden, ob Saddam Hussein tatsächlich noch, wie von Amerika unterstellt, über nennenswerte Bestände an Massenvernichtungswaffen verfügte. Dass Bush das nicht wollte, sondern erklärte, der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen sei „seiner Verantwortung nicht gerecht geworden“, so dass Amerika nunmehr der seinen gerecht werden müsse, trug entscheidend zur fortschreitenden Schwächung der UN und zum Scheitern dieser Runde im „Krieg gegen den Terror“ bei.

Fast alles, was man in solchen Situationen falsch machen kann, ist falsch gemacht worden. Das weiß man nicht erst heute. Wer wie in Afghanistan und im Irak in einen Krieg zieht, ohne zu wissen, wie er wieder aus diesem herauskommt, handelt fahrlässig. Wer wie im Irak oder in Syrien ein Regime bekämpft, ohne dass eine handlungsfähige Alternative hinter den Kulissen bereits in Position gebracht ist, handelt kurzsichtig. Dass man jetzt auch in Deutschland beschließt, den vollständigen Rückzug der Streitkräfte aus Afghanistan nicht nur aufzuhalten, sondern teilweise zu revidieren, ist eine Bankrotterklärung; und dass die Staatengemeinschaft unter anderem wieder im Irak zu Felde ziehen muss, um den IS zu bekämpfen, ist alarmierend.

Für diese Fehlentwicklungen mitverantwortlich ist der Zustand der internationalen Gemeinschaften. Alle Organisationen, die jetzt aufgerufen sind oder sich berufen fühlen, den Terror zu bekämpfen, sind Kinder des Kalten Krieges. Keine von ihnen hat es im vergangenen Vierteljahrhundert fertiggebracht, sich den neuen weltpolitischen Realitäten zu stellen, die Vereinten Nationen nicht, die Nato nicht und die EU schon gar nicht.

Das desaströse Ergebnis ist im Irak, in Libyen, jetzt in Syrien zu besichtigen. Wer dort zurzeit in wessen Auftrag und mit welcher Legitimation welchen Gegner bekämpft, lässt sich weder für Außenstehende noch für die unmittelbar Betroffenen, ja, offenbar nicht einmal mehr für die intervenierenden Staaten ausmachen, so dass zum Beispiel amerikanische und russische Militärs hinter den Kulissen daran arbeiten, sich über der Levante nicht versehentlich gegenseitig ins Visier zu nehmen.

Noch gar nicht absehbar sind die möglichen Rückwirkungen dieses unkoordinierten Vorgehens auf den Rückhalt der nationalen Öffentlichkeiten, also auf die innere Solidarität. Die ist aber nötig, wenn sich die freie Welt tatsächlich in einem „Krieg gegen den Terror“ befinden sollte. Mit dieser vorschnellen Lageanalyse haben die meisten führenden Politiker auch in Deutschland unmittelbar nach dem 13. November eine Position bezogen, die sie jetzt kaum mehr räumen können. Dass die Bundeskanzlerin dem wichtigsten europäischen Partner „jedwede Unterstützung“ im „Kampf“ gegen den Terrorismus zusagte, war selbstverständlich; dass Angela Merkel nicht vom „Krieg“ sprach, macht für Frankreichs Präsidenten keinen Unterschied.

Wenn man sich aber im Krieg befindet, muss man ihn auch führen. Dass bald

nach dem 13. November quer durch alle Parteien zu hören war, so sei das alles nicht gemeint gewesen und ein unmittelbares militärisches Engagement in Syrien komme nicht in Frage, war einerseits und angesichts der seit dem 11. September gesammelten Erfahrungen konsequent. Andererseits war es wenig glaubwürdig, wenn nicht zynisch, rüstet die Bundesrepublik doch Kämpfer vor Ort, vor allem Kurden, aber auch Yeziden aus und auf, hält sich also gewissermaßen eine Söldnertruppe im Kriegsgebiet. Außerdem kam es so, wie es kommen musste: François Hollande ließ Angela Merkel keine Wahl, als Deutschland in die Koalition zu führen. Also zieht die Bundeswehr jetzt in den „Krieg gegen den Terror“ – und die Politik sitzt in der Falle. Denn jetzt müssen Regierung und Parlament höllisch aufpassen, dass deutsche Soldaten nicht unmittelbar in die Kampfhandlungen eingreifen.

So wichtig der symbolische militärische Schulterschluss auf dem internationalen Parkett sein mag, so schwer könnte der Verlust der Glaubwürdigkeit in der deutschen Öffentlichkeit wiegen. Die braucht man aber, wenn es darum gehen sollte, den „Krieg gegen den Terror“ innenpolitisch zu flankieren. Zum Teil nie mehr korrigierte oder zurückgenommene Eingriffe im Innern gehörten auch 2001 zu den auffälligsten Begleiterscheinungen des „Kriegs gegen den Terror“. Das war schon damals schwer durchsetzbar.

Schließlich sollte man sehr genau hinschauen, wem man in dieser gefährlichen Lage international die Deutungshoheit überlässt. Dass die Amerikaner sie am 11. September an sich rissen, war zunächst unumstritten; sie waren die unmittelbar vom Terror Heimgesuchten, und nur sie besaßen die militärischen Mittel. Dass sie

diese Deutungshoheit dann vor allem im Fall Irak missbrauchten, gehört zu den Lehren, die man nicht vergessen sollte.

Und heute? Wer entscheidet, ob die noch nicht einmal definierte Koalition nur gegen den IS und nicht über kurz oder lang auch gegen das Assad-Regime oder einen weiteren Gegner zu Felde zieht? Die Vereinten Nationen sind seit Jahren paralysiert und wohl auch dank mancher Fehlentscheidung wenig glaubwürdig; Amerika ist trotz der führenden und teilweise koordinierenden Rolle bei den Luftschlägen gegen den IS außen vor; Russland und die Türkei verfolgen jeweils Ziele, die sich nur partiell mit der Bekämpfung des IS decken; Frankreich bemüht sich um die Deutungshoheit, hat aber weder die politische Kraft noch die militärischen Ressourcen für eine Großoperation.

Bleibt Europa. Wenn es stimmt, dass sich die Angriffe des 13. November gegen den gesamten Kontinent richteten, wäre das die Stunde der Europäer. Wieder einmal. Folgt man den Lippenbekenntnissen der politischen Klasse, sehen das alle so. Die politischen und wirtschaftlichen, die kulturellen und weltanschaulichen, in beträchtlichem Maße auch die militärischen Ressourcen wären jedenfalls vorhanden um den „Kampf gegen den Terrorismus“ tatsächlich auch zu führen. Nach den zuletzt in der Flüchtlingsfrage gesammelten Erfahrungen bedarf es allerdings einer gehörigen Portion Zuversicht oder Naivität, um anzunehmen, dass Europa gerade jetzt die Zeichen der Zeit erkennt. Und so wird weiter improvisiert, ignoriert und wohl auch geheuchelt, bis die nächste Katastrophe zum flüchtigen Schulterschluss führt.

Gregor Schöllgen lehrt Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Erlangen. Zuletzt erschien bei der DVA sein Buch „Gerhard Schröder. Die Biographie“.